

URUGUAY

Gewerkschaftsmonitor

August 2025

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

In Lateinamerika gilt Uruguay als Vorzeige- und Ausnahmeland – das Land im Süden zeichnet sich durch die regional höchsten Zustimmungsraten zur Demokratie und die geringste soziale Ungleichheit aus. Die Einhaltung demokratischer Spielregeln und die Unabhängigkeit der Rechtsprechung sind gewährleistet. Die Frente Amplio (FA), ein Bündnis aus 30 Parteien und Bewegungen, das ideologisch von der kommunistischen Partei bis hin zu Christsozialen reicht, ist eine der letzten verbleibenden linken Volksparteien des Subkontinents. Seit 54 Jahren schafft man es, diese breite Dauerkoalition hinter einem gemeinsamen Programm (»Vielfalt in der Ideologie, Einheit im Programm«) politisch konsens- und handlungsfähig zu halten.

Von 2005 bis 2020 regierte das Bündnis 15 Jahre in Folge, beendete das traditionelle Zwei-Parteien-System aus Konservativen und Liberalen und zeichnete sich durch eine Politik des sozialen Dialogs (Lohnräte und Tarifverhandlungen) und der Inklusion (care economy, Legalisierung der Abtreibung) aus. 2019 verlor sie die Wahlen knapp und die konservative Partido Nacional (PN) übernahm unter der Führung von Luis Lacalle Pou in einer Koalition aus fünf Parteien rechts der Mitte die Macht.

Fortan herrschte ein neoliberaler Kurs zwischen Austerität, Deregulierung und Privatisierung und die Pandemie wurde genutzt, um die Einschränkung von Streikrecht und Versammlungsfreiheit zu erlassen und eine Rentenreform durchzusetzen, die das Eintrittsalter von 60 auf 65 Jahre anhebt und die Einzahlung in private Rentenfonds verpflichtend macht.

2025 kehrte die Frente Amplio zurück an die Regierung, wenngleich erstmals ohne die parlamentarische Mehrheit im Unterhaus. Zudem wirken sich Handelskonflikte und Klimawandel auf das kleine, vom Agroexport abhängige Land

aus. Die Erwartungen an eine progressive Regierung sind enorm. Die Zwei-Lager-Spaltung innerhalb des Parteienbündnisses zwischen dem gemäßigten Movimiento de Participación Popular MPP des verstorbenen Ex-Präsidenten Pepe Mujica und der Kommunistischen Partei, die auch den gewerkschaftlichen Einheitsdachverband PIT-CNT kontrolliert, unterbinden bislang die Herausbildung einer klar alternativen Regierungsstrategie.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Wirtschaftlich hat sich Uruguay gut gegenüber den großen Nachbarn Argentinien und Brasilien im Finanz-, Dienstleistungs- und Handelssektor positioniert, ist aber als kleines Land mit nur 3,5 Millionen Einwohner_innen in hohem Maße vom Außenhandel abhängig. Der Dienstleistungssektor macht 70 Prozent der Wirtschaftskraft aus und konzentriert sich neben Tourismus auf den Finanzsektor. Zudem wächst dank des guten öffentlichen Bildungssystems auch der IT-Sektor. Die Industrie trägt – überwiegend über Automobilproduktion und -zulieferung, Lebensmittelverarbeitung und Chemie – 24 Prozent zum BIP bei, wobei diese Produkte hauptsächlich in die Region (MERCOSUR) exportiert werden. Auffällig ist im Dienstleistungsbereich der hohe Anteil des Finanzsektors: Uruguay gilt als eines der Steuerparadiese der Region. Zwar erhöhten die FA-Regierungen die Finanzflusskontrollen, dennoch wurden auch unter progressiver Führung Anreizsysteme wie die Schaffung steuerbefreiter Wirtschaftszonen gefördert, um ausländische Investitionen ins Land zu holen. Gleichzeitig nehmen durch die Bedeutung des Hafens von Montevideo für den Drogentransfer nach Europa auch die Präsenz von Kartellen und die damit verbundene Gewalt enorm zu.

Legale Weltmarktanbindung bietet nur der Rohstoffexport, sprich Rindfleisch, Soja, Zellulose und Reis. Hauptabnehmer ist China, die EU rangiert auf dem zweiten Platz. Obwohl diese Exporte nur sechs Prozent des BIP ausmachen, sind sie als Devisenquelle für den Schuldendienst unerlässlich. Die Dürrekrise 2023 und die anschließenden massiven Über-

schwemmungen führten zu erheblichen Wachstumseinbrüchen und machen deutlich, wie prekär das Entwicklungsmodell des Landes angesichts des Klimawandels ist.

Investitionen und Ressourcen, die einen Umbau der Produktionsmatrix zuließen, bleiben weitgehend ungenutzt. Unter den FA-Regierungen setzte Uruguay auf den Ausbau erneuerbarer Energien, die heute 98 Prozent des nationalen Stromverbrauchs decken. Gleichzeitig wurde in Internetkompetenz und digitale Infrastruktur investiert sowie mit dem von der UN ausgezeichneten Plan CEIBAL der Zugang zu und Umgang mit dem Internet von Schüler_innen und Lehrenden verbessert. Diese Investitionen zahlten sich während der Pandemie aus. Eine systematische Förderung, beispielsweise durch den Ausbau und Export von Dienstleistungen im IT-Sektor sowie die Schaffung höherwertiger Arbeitsplätze bleibt unter dem derzeitigen extraktivistischen Modell jedoch aus.

Hauptproblem ist die Beschäftigung: Die Arbeitslosigkeit in Uruguay beträgt derzeit 8,8 Prozent, die der unter 25-Jährigen liegt mit 25 Prozent jedoch deutlich höher. Zudem liegt der Grad der Unterbeschäftigung bei ca. 18 Prozent, was im uruguayischen Kontext bedeutet, dass von dem erarbeiteten Lohn die Lebenshaltungskosten nicht zu bestreiten sind und eine weitere Beschäftigung unter Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit gesucht werden muss. Die zunehmend industrialisierte Landwirtschaft generiert dabei nur wenige und prekäre Arbeitsplätze. Lediglich knapp neun Prozent der Beschäftigten sind dort tätig. Gleichzeitig wächst der informelle Sektor sowohl in traditionellen Bereichen wie bei Hausangestellten und Landarbeiter_innen als auch im Bereich der Plattformarbeit und Scheinselbstständigkeit. Hatten die FA-Regierungen mit ihrer Politik der Reformalisierung des Arbeitsmarktes die Quote der informellen Beschäftigung noch auf 14 Prozent drücken können, liegt sie nun wieder bei 20 Prozent. Frauen sind von all diesen Phänomenen – Arbeitslosigkeit, Unter- und prekäre Beschäftigung – überproportional häufig betroffen.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Gewerkschafts- und parteipolitisch sticht Uruguay in der Region durch den Fokus auf Einheit hervor: Neben Bolivien ist es das einzige Land, in dem sich die Gewerkschaften in einem Einheitsdachverband organisieren, dem Plenario Inter-sindical de Trabajadores – Convención Nacional de Trabajadores (PIT-CNT). Er umfasst von konservativen über christliche bis hin zu radikalen Verbänden eine beachtliche ideologische Breite und gleicht darin dem Parteienbündnis Frente Amplio, dem der PIT-CNT nahesteht. In den 15 Jahren der FA-Regierungen wurden die neoliberale Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse bekämpft, die Tarifverhandlungen unter sogenannten tripartiten Lohnräten wiederbelebt und die Gehälter erhöht, unter anderem mit dem Ziel, die Binnen-nachfrage zu erhöhen.

Der Regierungs- und Kurswechsel zu einer konservativen Regierung traf die Gewerkschaftsbewegung 2020 nach der

langen Zeit des relativen sozialen Friedens unvorbereitet und in der Mobilisierung ungeübt. Dies fiel mit dem Beginn der Corona-Pandemie zusammen, die zu Nachfrageeinbrüchen und Insolvenzen führte und die Arbeitslosigkeit deutlich ansteigen ließ. Von vielen Unternehmen wurden die Krise und die Vereinzelung der Arbeitsplätze im Homeoffice als Vorwand genutzt, um ganze Belegschaften zu entlassen und unter prekären Vertragsbedingungen erneut einzustellen.

Trotz dieser außergewöhnlichen Rahmenbedingungen gelang es der Gewerkschaftsbewegung bald, ihre Mobilisierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Gemeinsam mit sozialen Bewegungen rief der PIT-CNT 2021 zur Aussetzung von 135 der 501 Artikel des Notstandsgesetzes der konservativen Regierung Lacalle Pou auf, die von der Streikrechtbeschränkung bis hin zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen reichte. Zwar konnte die für ein Referendum erforderliche Zahl der Unterschriften trotz der Corona bedingten Versammlungsbeschränkungen erreicht werden, im Volksentscheid vom März 2022 wurde eine Mehrheit jedoch knapp verfehlt. Dennoch konnte der Verband seine Mobilisierungstärke sowie Bündnisfähigkeit mit anderen sozialen Akteuren beweisen und die Kommunikation mit der Mitgliederbasis erheblich verbessern.

Eine weitere Mobilisierungswelle richtete sich gegen die Rentenreform der Regierung Lacalle Pou, die unter anderem das Renteneintrittsalter von 60 auf 65 Jahre erhöhte. Das Referendum, das mit den Parlamentswahlen 2024 zusammenfiel, scheiterte klar – auch weil sich Teile der Frente Amplio gegen eine verfassungsrechtliche Verankerung des Eintrittsalters 60 ausgesprochen hatten. Die neue FA-Regierung hat nun zu einem Dialogprozess zum Thema Reform der sozialen Sicherung eingeladen, der Ansprüche umfassender und nachhaltiger sichern soll – angesichts demografischer Entwicklungen sowie der Informalisierung des Arbeitsmarktes kein leichtes Unterfangen sein dürfte.

GEWERKSCHAFTEN IN URUGUAY – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Gewerkschaftsbewegung in Uruguay ist stark durch die Migration des 19. und 20. Jahrhunderts geprägt, insbesondere aus Spanien und Italien, und dadurch mit der europäischen ideologisch sehr verwandt. Bereits 1870 wurde die erste Gewerkschaft in Uruguay gegründet. In dieser Zeit begannen überwiegend britische Investoren, die bis dahin ausschließlich landwirtschaftlich geprägte Wirtschaftsstruktur grundlegend zu verändern. Der Eisenbahnbau, die Industrialisierung der Fleischverarbeitung und die Entwicklung von Kühlketten ermöglichten einen rasanten Exportanstieg Richtung Europa. Die dortigen kriegsbedingten Versorgungsengpässe spülten Kapital nach Uruguay, welches eine Diversifizierung und Industrialisierung der Produktionsmatrix erlaubte. Trotz der Konjunkturerinbrüche in der Weltwirtschaftskrise und dem Zweiten Weltkrieg konnten sich so in Uruguay solide Gewerkschaftsstrukturen entwickeln.

Der heutige Einheitsdachverband PIT-CNT ist ein Ergebnis des Kampfes gegen die Militärdiktatur (1973–1985), auch sein Doppelname ist Zeugnis dieser Zeit: Mit der Machtübernahme der Militärs wurde der seit 1964 bestehende Dachverband Convención Nacional de Trabajadores (CNT) für illegal erklärt. 1982 begannen dann vor allem junge Gewerkschafter_innen, die Strukturen der Arbeiter_innenbewegung wiederzubeleben, und gründeten den Plenario Inter-sindical de Trabajadores (PIT), den die Militärjunta duldete, weil sie sich davon eine Spaltung und somit langfristige Schwächung der Arbeiter_innenbewegung erhoffte. Der PIT verstand sich selbst hingegen als Übergangsstruktur, die sich auflösen würde, sobald der Dachverband CNT wieder in der Legalität arbeiten könnte. 1984 entschied man sich jedoch, beide Strukturen zusammenzuführen und den Verband in PIT-CNT umzubenennen.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Seit über 40 Jahren besteht mit dem PIT-CNT ein einziger Gewerkschaftsdachverband, der Verbände von konservativer bis radikaler Ausrichtung umfasst. Mitglieder sind Branchengewerkschaften, wobei die stärksten entsprechend der Wirtschaftsstruktur des Landes aus dem Finanzsektor, dem Handel, dem öffentlichen und Bildungssektor sowie dem Baugewerbe stammen. Obwohl der öffentliche Sektor – wie in der gesamten Region – am stärksten ist, steht der private dessen Organisationsgrad wenig nach, da zum einen die Repressionen gering, zum anderen die gewerkschaftlichen Verhandlungserfolge beachtlich sind. Die Industrieverbände (u. a. des Metall- und Textilssektors) sind ob der abnehmenden Industrialisierung schwächer und haben sich zu einer Konföderation zusammengeschlossen.

Im parteipolitischen Spektrum steht der Dachverband PIT-CNT der FA nahe, legt jedoch Wert auf seine parteipolitische Unabhängigkeit. Zudem soll eine große ideologische Bandbreite repräsentiert werden. Die bedeutendsten politischen Strömungen innerhalb des Verbandes sind folgende:

- **Articulación:** Diese Gruppe ist sozialdemokratisch orientiert, steht und stand den Regierungen der FA konstruktiv-kritisch gegenüber und unterstützt deren Reformbemühungen. Obwohl die von der Articulación geführten Einzelgewerkschaften die Mehrheit der Ar-

beitnehmer_innen repräsentieren, verfügt die Gruppe im Vorstand des PIT-CNT über keine Mehrheit, bildet aber den stärksten Minderheitenflügel.

- **Kommunisten:** Kommunistisch orientierte Gewerkschaften bzw. Gewerkschaftsvertreter_innen haben beträchtlichen Einfluss innerhalb der uruguayischen Gewerkschaftsbewegung, inklusive der Gewerkschaftsführung. Innerhalb der kommunistischen Strömungen existieren unterschiedliche Flügel, denen gemeinsam ist, dass sie die Reformen der FA-Regierungen kritisch beurteilen. Insbesondere der Streit über die Volksabstimmung zur Rentenreform 2024 spaltete die Gewerkschaftsbewegung intern und beschädigte ihre Beziehungen zur FA maßgeblich.
- **Radikale:** Die Radikalen konzentrieren sich vor allem in den Gewerkschaften des öffentlichen Sektors. Durch die Verankerung in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen wie dem Bildungs- und öffentlichen Gesundheitswesen oder der öffentlichen Verwaltung verfügen sie über eine erhebliche Streikmacht. Sie vertreten die Interessen ihrer Klientel und stehen staatlichen Reformvorhaben im öffentlichen Sektor kritisch bis ablehnend gegenüber. Teilweise setzen sie sich mit ihren Positionen auch über die Ziele des Dachverbands hinweg, was zu Spannungen innerhalb des PIT-CNT führt.

Das Führungsgremium des PIT-CNT, welches die drei politischen Flügel innerhalb des Verbandes repräsentiert, setzt sich aus dem/der Vorsitzenden, dem/r stellvertretenden Vorsitzenden und dem/r Generalsekretär/-in zusammen. Der Vorstand besteht aus insgesamt 15 Repräsentant_innen aller im PIT-CNT vertretenen Branchen. Entscheidungen werden nach Möglichkeit im Konsens getroffen. Wenn sich kein Konsens erzielen lässt, entscheidet die Mehrheit im Vorstand. Bei zahlreichen Fragen wird die Entscheidung durch einen »Runden Tisch« getroffen, in dem alle Mitglieds-gewerkschaften über ein Stimmrecht verfügen.

Anfang 2022 durchlief der PIT-CNT einen Führungswechsel. Der bisherige Vorsitzende, Fernando Pereira, der dem sozialdemokratischen Flügel Articulación angehört, wechselte nach acht Jahren an der Spitze in den Vorsitz der FA. Der neue Vorsitzende, Marcelo Abdala aus dem kommunistischen Flügel gibt sich bislang eher radikal und nur begrenzt dialog- und reformoffen.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Uruguay

Dachverband	Vorsitz / Generalsekretariat	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Plenario Intersindical de Trabajadores – Convención Nacional de Trabajadores, PIT-CNT (Einheitsdachverband der Arbeiter_innen Uruguays)	Marcelo Abdala / José Lorenzo López	228 917	Coordinadora de Centrales Sindicales del Cono Sur (Koordinierungsstelle der Gewerkschaftsdachverbände des Cono Sur, CCSCS)

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Uruguay

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / Generalsekretariat	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Asociación de Bancarios del Uruguay, AEBU (Gewerkschaft der Bankangestellten Uruguays)	PIT-CNT	María Eugenia Estoup	11 500	UNI
Confederación de Organizaciones de Funcionarios del Estado, COFE (Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes)	PIT-CNT	Martin Pereira / José Lorenzo López	25 000	Public Service International (PSI)
Federación Uruguaya de Empleados de Comercio e Industria, FUECYS (Handels- und Industriegewerkschaft)	PIT-CNT	Fabio Riverón / Miguel Eredia	15 000	UNI
Federación Uruguaya de Magisterio y Trabajadores de Educación Primaria, FUM-TEP (Gewerkschaft der Beschäftigten des Grundschulsektors)	PIT-CNT	Elbia Pereira	24 000	Bildungsinternationale (EI)
Sindicato Único Nacional de la Construcción y Anexos, SUNCA (Baugewerkschaft)	PIT-CNT	Richard Ferreira / Ernesto Castro	25 000	Weltgewerkschaftsbund (WGB)
Federación Uruguaya de la Salud, FUS (Gewerkschaft der Beschäftigten des privaten Gesundheitssektors)	PIT-CNT	Marcos Franco	27 000	UNI

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Das Arbeitsgesetz Uruguays bietet im regionalen Vergleich einen umfassenden Schutz der Arbeitnehmer_innenrechte. Es bestehen Koalitions- und Versammlungsfreiheit. Uruguay hat 111 Konventionen sowie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifiziert. Es gilt der 8-Stunden-Arbeitstag, eine max. 48-Stunden-Woche und es existieren Überstundenvergütung, Ansprüche auf Urlaub und Urlaubsgeld sowie Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, die im Alter sowie bei Arbeitsunfällen greift. Zwangs- oder Kinderarbeit bilden die absolute Ausnahme.

Laut Arbeitsgesetz kann eine Gewerkschaft von mindestens 25 Arbeitnehmer_innen gegründet werden, die dann im Arbeitsministerium registriert werden muss. Die Gewerkschaften finanzieren sich durch Mitgliedsbeiträge, die allerdings sehr niedrig sind. Eine allgemeine Gewerkschaftsabgabe, wie sie in Brasilien existierte und noch heute in Argentinien besteht, wird nicht erhoben. Insbesondere kleine Gewerkschaften sind daher auf Zuwendungen im Rahmen der internationalen Kooperation und der ILO angewiesen.

In Uruguay erfolgt die Lohnverhandlung über sogenannte Lohnräte (Consejos de Salarios). Hierbei handelt es sich um ein atypisches Tarifverhandlungssystem, dessen Ursprung in den 1940er-Jahren liegt, unter der Militärdiktatur (1973–1985) und den nachfolgenden Mitte-rechts-Regierungen bis zu seiner Wiederbelebung 2005 jedoch keine Anwendung fand. In den tripartiten Lohnräten sind Staat, Unterneh-

mensverbände und Gewerkschaften vertreten. Kommt es zu keiner Einigung, gibt die Stimme der Regierung den Ausschlag, die auch zu den Tarifverhandlungen einlädt. Die Consejos de Salarios wurden auch auf Branchen ausgeweitet, die zuvor nicht reguliert waren, wodurch sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad nachhaltig verbessert hat. Die Formalisierung und Einbeziehung in die Tarifbindung gelangen so beispielsweise für rund 95 000 Hausangestellte, ca. 250 000 Selbstständige und 90 000 Landarbeiter_innen. Die Wiedereinführung und institutionelle Stärkung der Lohnräte stellt daher aus gewerkschaftlicher Sicht eine zentrale Errungenschaft der FA-Regierungen dar. Heute sind 95 Prozent der formal Beschäftigten über Kollektivverträge abgedeckt. Die Gewerkschaften genießen in der öffentlichen Meinung ein für die Region ungewöhnlich hohes Ansehen: Laut Umfragen sprechen 40 Prozent der Befragten den Gewerkschaften ihr Vertrauen aus.

Seit 2017 und verstärkt im Windschatten der Corona-Pandemie haben konservative Regierungen in Lateinamerika Arbeitsmarktreformen durchgesetzt, die teils enorme Rückschritte darstellen. In Uruguay setzte die Regierung Lacalle Pou 2020 Tarifverhandlungen aus und beschloss 2021 mit dem Hinweis auf den wirtschaftlichen Einbruch branchenunabhängig eine Lohnanpassung weit unterhalb der Inflationsrate. Generell versuchte die Regierung, die Allgemeinverbindlichkeit der Kollektivverträge zu relativieren und die Lohnräte zu schwächen. Damit stärkt sie die Position der Arbeitgeber_innen, die seit 2017 über ein anhängiges Verfahren im Normenkontrollausschuss der ILO das Kollektivverhandlungsgesetz infrage stellen.

In der neuen Regierung der Frente Amplio unter Yamandú Orsi ging das Arbeitsministerium an den Generalsekretär der Kommunistischen Partei. Da das Wirtschafts- und Finanzministerium jedoch in gemäßigt konservativen Händen liegen, ist in den Tarifverhandlungen nicht mit Durchbrüchen zu rechnen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Gewerkschaftsbewegung Uruguays ist eine der stärksten in der Region, der Organisationsgrad einer der höchsten. Unter den FA-Regierungen stieg er von zwölf (2005) auf 40 Prozent (2019). Die Branchengewerkschaften verhandeln in den jeweiligen Tarifverhandlungen naturgemäß Lohnanpassungen sowie Arbeitsbedingungen. Dabei zeigen gerade die starken Verbände eine beachtliche Innovationskraft: Schon vor Jahren erreichte beispielsweise die Gewerkschaft der Bankangestellten AEBU, dass Banken für jeden neu eröffneten Geldautomaten den Gegenwert der Sozialbeiträge dreier Angestellter in die Sozialversicherung einzahlen müssen.

Dringendste Herausforderung ist – wie weltweit – der durch Künstliche Intelligenz und Digitalisierung beschleunigte Anstieg informeller und prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Zwar litt Uruguay schon immer weitaus weniger unter dem lateinamerikanischen Strukturproblem der informellen Beschäftigung, doch gerade in der ersten FA-Regierung (2005–2010) wurden große Anstrengungen zur Reformalisierung des Arbeitsmarktes unternommen. Beispielhaft sind Aktionen wie Theaterstücke in Bussen, die morgens Hausangestellte in die reichen Viertel brachten, in denen zu Rechten und Vorteilen der formellen Beschäftigung aufgeklärt wurde, oder Sticker an den Haustüren mit der Aufschrift »Ich melde meine Hausangestellte der Sozialversicherung«, um den Druck auf die arbeitgebenden Haushalte zu erhöhen.

Diese Errungenschaften sind gegenwärtig jedoch bedroht. Neben den traditionell schwachen Sektoren der Landarbeiter_innen und Hausangestellten kommt nun die Beschäftigung in der schnell wachsenden Plattformökonomie hinzu, von der besonders junge Menschen und Migrant_innen betroffen sind. Dabei handelt es sich nicht nur um Beschäftigung mit geringen Qualifikationsanforderungen. So haben sich beispielsweise im Finanzsektor Plattformen zur Anlageberatung und Kreditvergabe als unabhängige Tochterunternehmen der Mutterbanken gegründet, in denen deren Arbeitsbedingungen, Beschäftigungsverhältnisse und Tarifabschlüsse nicht gelten.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Gerade im Vergleich zu anderen Ländern Lateinamerikas weist Uruguay eine konsolidierte und politisch handlungsfähige Gewerkschaftsstruktur auf, insbesondere durch den hohen Organisationsgrad und das Ansehen in der Bevölkerung. Der soziale Dialog gestaltet sich besser und friedlicher als in anderen Ländern der Region.

Während der Widerstand gegen die neoliberale Regierung Lacalle Pou die unterschiedlichen Flügel des PIT-CNT bislang eher einte, tun sich mit der Rückkehr der Frente Amplio an die Regierungsmacht Gräben auf. Ohne die Einheit hierbei grundlegend aufs Spiel zu setzen, untergraben klientelistische und korporatistische Einzelgewerkschaften (z. B. im öffentlichen Sektor) immer wieder die auf eine konstruktive, gesellschaftspolitische Rolle abzielende Strategie des PIT-CNT. So verhindern radikale Gewerkschafter_innen weiterhin, dass sich der PIT-CNT insgesamt deutlicher von den autokratischen, undemokratischen Regierungen ehemals linker Prägung Lateinamerikas, namentlich Venezuela und Nicaragua, distanziert. Dies schädigt das öffentliche Ansehen der Gewerkschaftsbewegung insgesamt. Mit dem Führungswechsel von der gemäßigten Strömung Articulación auf den kommunistischen Flügel 2022 polarisieren sich Positionen zunehmend – sowohl innerhalb des Verbands wie im Dialog mit der Regierung.

Aufgrund der historischen ideologischen Spaltungen innerhalb der internationalen Gewerkschaftsstruktur, deren Lager innerhalb des Dachverbands weiterhin fortbestehen und Entscheidungen blockieren, ist auch die regionale und internationale Vernetzungsarbeit des PIT-CNT denkbar kompliziert. Während die Branchengewerkschaften mehrheitlich Mitglied der entsprechenden Global Union Federation sind, ist der PIT-CNT weder Mitglied des Gewerkschaftsbunds der Amerikas (CSA/TUCA) noch des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Auf beiden Ebenen – regional und international – bestehen jedoch de facto sehr gute Arbeitsbeziehungen.

Auf nationaler Ebene geht die Gewerkschaftsbewegung vor allem Allianzen mit den Kooperativen, Studierendenvereinigungen, dem Verband der Rentner_innen sowie dem uruguayischen Mieter_innenbund ein. Dagegen sind die Beziehungen zwischen dem PIT-CNT und den starken feministischen Bewegungen angespannt: Auf deren Druck hat sich der Anteil der Frauen in der Generalversammlung in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich von knapp 20 Prozent (1993) auf knapp 40 Prozent (2018) verdoppelt. Sechs von 17 Vorstandsmitgliedern sind jetzt Frauen und 2022 war erstmals eine Frau zur Generalsekretärin des Verbands gewählt worden. Von Parität ist man aber weiterhin weit entfernt. Und ebenso wie in der überwiegend männlichen Führungsriege der FA fehlt es im PIT-CNT oftmals am Dialog auf Augenhöhe. So wurde beispielsweise der Aufruf des Dachverbands zum Generalstreik am Weltfrauentag 2022 von den Feminist_innen als Übergriff statt Solidarisierung wahrgenommen. Da die feministischen Bewegungen in der Tat ein höheres Mobilisierungspotenzial besitzen als die Gewerkschaften, wiesen sie derartige »Hilfestellungen« zu Recht zurück.

Während die Interessen von Arbeitnehmer_innen in prekären Beschäftigungsverhältnissen wie Leiharbeiter_innen von den Verbänden seit Langem vertreten werden, bleibt die gewerkschaftliche Organisation der Plattformökonomie weiterhin eine Herausforderung. Im Bereich Transport (Uber) und Lieferservices (PedidosYa) haben sich in Uruguay Ge-

werkschaften der Plattformbeschäftigten gegründet. Da die Belegschaften jedoch zum Großteil aus sehr jungen Menschen und Migrant_innen bestehen und einer hohen Rotation unterliegen, sind stabile Strukturen nur sehr schwer aufzubauen. Die Unterstützung dieser Verbände sowie der traditionell schwach organisierten Sektoren (wie Landarbeiter_innen und Hausangestellte) ist für die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung ebenso zentral wie ihre Öffnung für die Partizipation von Frauen und jungen Menschen. Neue Formen gewerkschaftlicher Organisation und deutliche institutionelle Reformen in Richtung Geschlechter- und Generationengerechtigkeit sind erforderlich, um die Repräsentativität der Gewerkschaftsbewegung als Vertretungsinstanz der Interessen aller Arbeitnehmer_innen zu gewährleisten.

Dörte Wollrad, *Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Uruguay und des regionalen Gewerkschaftsprojekts in Lateinamerika und der Karibik*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Ulrich Storck, Referent für Brasilien, Uruguay,
Gewerkschaften und Handel
ulrich.storck@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.